

OA-Update 2023/12 | Stand: 26. Juli

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Dynamik bei der Entwicklung der Sanktionen veranlasst uns, bereits früher als ursprünglich angekündigt das nunmehr 12. Sanktionsupdate dieses Jahres vorzulegen. Am 20. Juli haben eine Reihe von Ländern, allen voran die USA, ihre Sanktionen gegen Russland erweitert. Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) hat neue Sanktionen gegen russische Personen, Unternehmen, Banken, Forschungsinstitute und Schiffe verhängt. Sanktioniert wurden auch Unternehmen aus Kirgisistan, VAE und Serbien, die der Sanktionsumgehung beschuldigt werden. Am gleichen Tag haben auch Großbritannien, Australien und Kanada teils parallele Sanktionen gegen Russland erlassen oder eigene Akzente gesetzt. Russland hat sein Vorgehen gegen abwanderungswillige westliche Unternehmen zuletzt verschärft und zwei weitere Firmen unter Fremdverwaltung gestellt. Diese und weitere Themen wurden auch auf den jüngsten Veranstaltungen des Ost-Ausschusses aufgegriffen. Trotz dieser wenig erfreulichen Entwicklungen wünschen wir Ihnen weiter einen hoffentlich erholsamen Sommer!



Hier alle aktuellen Themen in der Übersicht.

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Europäische Union](#)
- [3. Russland](#)
- [4. USA](#)
- [5. Weitere Länder](#)
- [6. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Sitzung des OA-Arbeitskreises Logistik und Verkehrsinfrastruktur zum Transit durch Russland

Mit dem 11. Sanktionspaket der EU wurden die bisher bestehenden Beschränkungen im Transportbereich ausgeweitet und ein Transitverbot durch Russland für weitere Waren beschlossen. Den Folgen dieser Entscheidung widmete sich die Online-Sitzung des Arbeitskreises Logistik und Verkehrsinfrastruktur im Ost-Ausschuss am 21. Juli. Für Verlader und Spediteure bringt das Paket neue Herausforderungen mit sich. Lieferungen müssen sanktionssicher geprüft, Alternativrouten gefunden und veränderte Transportzeiten und Kosten gemanagt werden. Bei der Suche nach Alternativrouten verlagert sich der Fokus vorwiegend auf den mittleren Korridor via Kaukasus und Kaspischem Meer. Die Kapazität dieser Route ist allerdings deutlich kleiner, was zu längeren Transportzeiten und höheren Kosten führt. Nicht sanktionierte Güter werden daher weiter auf der „nördlichen“ Route transportiert. Dennoch erwarten alle Spediteure, dass die Nutzung der „Südroute“ über den Mittleren Korridor mittelfristig zunehmen wird. Dementsprechend bauen sie ihr Angebot in dieser Richtung aktiv aus. Ein alternativer Transit via Iran ist aufgrund der Sanktionen gegen das Land keine realistische Alternative.

Sitzung des OA-Arbeitskreises Logistik und Verkehrsinfrastruktur zum Thema Luftfracht

Mit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine und der gegenseitigen Sperrung des Luftraumes durch Russland und die EU brach nicht nur der reguläre Linienverkehr zwischen der EU und Russland zusammen, auch die Flugrouten über Sibirien nach Fernost waren nicht mehr nutzbar. Die Lieferketten haben sich infolge des Angriffskrieges verändert. In der Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Logistik und Verkehrsinfrastruktur am 19. Juli wurde diesen und anderen Entwicklungen in der Luftfracht nachgegangen. Vertreterinnen und Vertreter von Flughäfen und Fluggesellschaften tauschten sich intensiv über die vielen Facetten dieser Veränderungen aus. Deutlich wurde, dass die Luftfracht sehr schnell und flexibel reagiert und wieder optimistischer in die Zukunft blickt, auch wenn es keinen Ersatz für das frühere Russland-Geschäft gibt und die Air Cargo-Menge (Luftfrachtaufkommen) insgesamt zurückgegangen ist. Der „mittlere Korridor“ via Kaukasus und Kaspisches Meer gewinnt auch für die Luftfracht zunehmend an Bedeutung. Beim Belly-Verkehr ist inzwischen eine Entspannung zu verzeichnen, Impulse kommen hier vor allem aus dem E-Commerce-Bereich.

Business4Business zu aktuellen rechtlichen und steuerlichen Entwicklungen in Russland

Rund 70 Unternehmensvertreterinnen und -vertreter informierten sich am 13. Juli im Rahmen der Reihe „Business for Business“ des Ost-Ausschusses über aktuelle rechtliche und steuerliche Entwicklungen in Russland. Davon sind viele Unternehmen betroffen, die sich aus Russland zurückziehen wollen oder weiter in nicht sanktionierten Bereichen in Russland tätig sind. Anders als häufig dargestellt, so erläuterte ein Rechtsanwalt, gebe es

in Russland keine rechtlichen Bestimmungen für Enteignungen. Generell sei es das Interesse der russischen Regierung, ausländische Investoren im Land zu halten. Auch als Reaktion auf westliche Maßnahmen wurden allerdings Dekrete erlassen, die die temporäre Fremdverwaltung ausländischer Unternehmen ermöglichen und im Einzelfall auch umgesetzt. Ein weiteres Dekret, das dem Staat ein Vorkaufsrecht für ausländische Vermögenswerte mit einem erheblichen Preisabschlag einräumt, ist derzeit in Vorbereitung. Aufgrund des komplizierten und langfristigen Entscheidungsfindungsprozesses in Russland aufgrund konkurrierender Interessengruppen, erwartet der Rechtsexperte wegen der notwendigen Kompromissfindung keine abrupten, radikalen Änderungen in der russischen Gesetzgebung. Im Anschluss berichtete ein Steuerrechtsexperte über die Folgen, die die von Moskau angedrohte Kündigung des deutsch-russischen Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) und die Anwendung des Steueroasenabwehr-Gesetzes auf Russland ab Januar 2024 haben würden. Erhebliche Folgen werde die DBA-Kündigung durch den Wegfall der 183-Tage-Regel auf die Mitarbeiterentsendung haben. Die sukzessive geltenden verschärften Steuerpflichten und die Streichung von Steuerprivilegien infolge der Einstufung Russlands als „Steueroase“ würden negative Auswirkungen auf Ertragslage der Unternehmen mit sich bringen.

2. Europäische Union

Sanktionen gegen Strafvollzugsbeamte

Die EU hat Sanktionen gegen den Leiter der Strafkolonie Nr. 6 in der Region Wladimir, Dmitri Nozhkin, sowie seine Stellvertreter Juri Fomin, Danila Sinjuchin und Anatoli Gorshkov verhängt. Der entsprechende Beschluss wurde im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Als Begründung für die Sanktionen wird angeführt, dass die Leitung der Wladimir-Kolonie für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, einschließlich der grausamen Haftbedingungen und der Unterbringung des Politikers Alexej Nawalny in dem Strafzentrum. Sanktionen wurden auch gegen den Direktor des Föderalen Strafvollzugsdienstes Arkadi Gostew, den FSIN-Offizier Alexander Samofal, der in den Giftmord an dem Politiker Wladimir Kara-Murza verwickelt sein soll, die Hauptdirektion des Innenministeriums in Moskau, die Abteilung für Informationstechnologie von Moskau und ihren Leiter Eduard Lysenko sowie die stellvertretende Bürgermeisterin von Moskau Natalia Sergunina verhängt.

[Human rights violations: EU lists 18 individuals and five entities responsible for gender-based violence and linked to the Navalny and Kara-Murza cases - Consilium \(europa.eu\)](#)

Medienberichte über Sanktionsumgehungen

In vielen Medienberichten wird immer wieder über Lücken in der Sanktionsdurchsetzung berichtet (s. auch 5.). So meldete das Handelsblatt kürzlich, dass trotz Importverbots noch immer große Mengen Diesel russischen Ursprungs nach Europa kommen. Zwar habe die europäische Statistikbehörde Eurostat errechnet, dass die Importe von russischem Rohöl sowie von Raffinerieprodukten wie Diesel und Kerosin allein im März 2023 um 90 Prozent eingebrochen seien. Gespräche mit Brancheninsidern und Analysten legten laut Handelsblatt aber nahe, dass die Eurostat-Zahlen nicht die ganze Wahrheit abbilden. Über Drittländer wie Marokko, die sich nicht an dem Embargo beteiligten, komme nach wie vor Diesel nach Europa, der vermutlich aus russischem Rohöl hergestellt wurde.

[Russisches Öl: Europa hadert mit russischem Dumping-Diesel \(handelsblatt.com\)](#)

Nach einem Bericht der FAZ ist auch die Schweiz als globale Drehscheibe für den Rohstoffhandel in den Fokus der USA geraten. US-Senatoren bezichtigten Schweizer Banken Mitte Juli bei einer Anhörung im Kongress, Handlanger Russlands im Rohstoffhandel bei der Umgehung westlicher Sanktionen zu sein. Vor dem Krieg wurden geschätzt 80 Prozent des russischen Rohstoffhandels über Genf, Zug, Lugano und Zürich abgewickelt. Die Regierung wehrt sich gegen die Vorwürfe.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/vorwuerfe-von-us-beamten-hilft-die-schweiz-russland-beim-umgehen-von-sanktionen-19055487.html>

3. Russland

Russland kündigt Getreideabkommen

Russland hat am 17. Juli das von der Türkei und den Vereinten Nationen vermittelte Abkommen zur Verschiffung ukrainischen Getreides übers Schwarze Meer aufgekündigt. Als Grund nannte Moskau, dass seine Forderungen an die EU nach einer Lockerung der Sanktionen nicht erfüllt worden seien. Bereits seit Anfang Juli war Menge des gelieferten Getreides massiv eingebrochen. Das im Juli 2022 eingefädelt Getreideabkommen ermöglichte Exporte von ukrainischem Getreide über das Schwarze Meer auf den Weltmarkt.

Aus Sorge um negative Auswirkungen auf die heimischen Landwirte wollen fünf östliche EU-Mitglieder - Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien - das EU-weite Einfuhrverbot für ukrainisches Getreide über den 15. September hinaus verlängern, wie die Landwirtschaftsminister der fünf Länder am 19. Juli erklärten. Das derzeit geltende Verbot betrifft die Einfuhr von Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumenkernen. Die fünf Länder erklären, das Verbot sei notwendig, um die heimischen Märkte vor dem Zustrom billiger ukrainischer Produkte zu schützen, die die Preise drücken würden.

Russland stellt weitere westliche Unternehmen unter Zwangsverwaltung

Mit Danone und Carlsberg hat die russische Regierung Mitte Juli zwei weitere westliche Unternehmen in Russland unter staatliche Verwaltung gestellt. Grundlage ist das Dekret Nr. 302, auf dessen Basis bereits die Energiekonzerne Unipro und Fortum unter Fremdverwaltung gestellt wurden. Der Kreml versucht seit geraumer Zeit, westlichen Unternehmen durch zeitraubende Genehmigungsverfahren und drastische Preisabschläge beim Verkauf den Rückzug aus Russland zu erschweren. Insbesondere verkaufswillige Unternehmen riskieren offenbar die Fremdverwaltung nach Dekret 302. Danone und Carlsberg hatten vor einiger Zeit angekündigt, Abnehmer für ihr Russlandgeschäft gefunden zu haben. Mit der Verwaltung der beiden Unternehmen sollen nun enge Vertraute des Kremls beauftragt worden sein. Die russische Regierung hat laut Medienberichten den tschetschenischen Landwirtschaftsminister Jakub Zakriev als Leiter des Danone-Geschäfts eingesetzt. Als Direktor der Carlsberg-Tochter Baltika wurde Taimuraz Bolloev bestimmt, der als langjährigen Putin-Freund gilt.

[Russland: So greift Wladimir Putin nach westlichen Konzernen - DER SPIEGEL](#) (Paywall)

Vorkaufsrecht für Aktien geplant

Der Kreml plant ein staatliches Vorkaufsrecht für Aktien von „strategisch wichtigen Unternehmen“, die von Ausländern gehalten werden. Die staatliche Nachrichtenagentur Interfax zitierte am 24. Juli aus dem Entwurf eines Präsidenten-Erlasses, wonach das Vorkaufsrecht des Staates Priorität gegenüber einem etwaigen bestehenden Vorkaufsrecht anderer Eigentümer haben soll. Neben strategischen Unternehmen aus der Finanz-, Rohstoff-, Energie- und Telekombranche soll das Vorkaufsrecht auch für

Staatskonzerne wie Aeroflot gelten. Der Interfax-Bericht legt nahe, dass der Staat die betroffenen Aktien ihren Eigentümern mit erheblichem Preisabschlag abnehmen dürfte, um sie anschließend zu Marktpreisen wieder zu verkaufen.

[РФ получит "суперпреимущественное право" на выкуп у иностранцев акций стратегических предприятий \(interfax.ru\) \(russ.\)](#)

4. USA

USA erweitern Sanktionen gegen Russland

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums hat am 20. Juli neue Sanktionen gegen russische Personen, Unternehmen, Banken, Forschungsinstitute und Schiffe verhängt. Die Behörde nahm 18 Personen, 95 Unternehmen und 14 Schiffe in die Sanktionslisten auf, darunter mehrere stellvertretende russische Minister und der ehemalige Finanzminister und Leiter der russischen Rechnungskammer Alexej Kudrin. Sanktioniert wurden auch Unternehmen aus Kirgisistan, VAE und Serbien, die der Sanktionsumgehung beschuldigt werden. Die neuen Listungen zielen darauf ab, Russlands Zugang zu Produkten zu verhindern, die seine militärischen und kriegerischen Bemühungen unterstützen, Russlands Einnahmen aus dem Metall- und Bergbausektor zu verringern, seine künftigen Energiekapazitäten zu untergraben, seinen Zugang zum internationalen Finanzsystem zu verschlechtern sowie seinen Zugang zu Technologie aus den G7-Staaten zu verhindern, die es für seinen Technologie-, Luft- und Raumfahrt- und Verteidigungssektor benötigt.

Sanktioniert werden unter anderem Zwischenhändler in Kirgisistan, das derzeit unter besonderer Beobachtung der US-Administration steht (s.u.), aber auch in den VAE und Serbien. Eine der häufigsten Taktiken, die russische Unternehmen laut US-Behörden anwenden, um weiterhin Elektronik und Technologie aus ausländischer Produktion zu importieren, ist der Einsatz von Drittvermittlern und Umschlagplätzen außerhalb Russlands. Unternehmen mit Sitz in der Kirgisischen Republik haben seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine häufig kontrollierte Elektronikkomponenten und andere Technologie nach Russland exportiert. Einige dieser Lieferungen haben anschließend sensible Güter mit doppeltem Verwendungszweck an Einrichtungen des russischen Verteidigungssektors geliefert.

Das OFAC nimmt zudem weiterhin Einrichtungen ins Visier, die Russlands Krieg gegen die Ukraine direkt unterstützen, weil sie im Verteidigungs- und verwandten Materialsektor der Wirtschaft der Russischen Föderation tätig sind oder waren. Das OFAC nimmt darüber hinaus auch Forschungsinstitute und andere Einrichtungen ins Visier, die die Forschung und Entwicklung von Hochtechnologiegütern in Russland unterstützen.

Durch die Verhängung von Sanktionen gegen weitere in Russland ansässige Finanzinstitute soll die Fähigkeit der Russischen Föderation, den Zugang zum globalen Finanzsystem aufrechtzuerhalten, weiter beeinträchtigt werden. Unter den fünf neu sanktionierten Banken ist auch die Tinkoff Bank. Weitere Maßnahmen zielen darauf ab, Russlands Einnahmen aus der Metallindustrie zu begrenzen und Russlands künftige Kapazitäten im Energiesektor einzuschränken.

Infolge der Maßnahme werden alle Vermögensgegenstände und Beteiligungen an Vermögensgegenständen der gelisteten Personen, die sich in den Vereinigten Staaten oder im Besitz oder unter der Kontrolle von US-Personen befinden, gesperrt und müssen dem OFAC gemeldet werden. Darüber hinaus sind alle Unternehmen, die direkt oder indirekt zu 50 Prozent oder mehr im Besitz einer oder mehrerer gesperrter Personen sind, ebenfalls blockiert. Alle Transaktionen von US-Personen oder innerhalb der

Vereinigten Staaten (oder im Transit durch die Vereinigten Staaten), die Eigentum oder Beteiligungen an Eigentum von bezeichneten oder gesperrten Personen betreffen, sind verboten, es sei denn, sie sind durch eine von der OFAC ausgestellte allgemeine oder spezifische Lizenz freigestellt oder genehmigt. Zu diesen Verboten gehört die Leistung von Beiträgen oder die Bereitstellung von Geldern, Gütern oder Dienstleistungen durch, an oder zu Gunsten von gesperrten Personen sowie die Entgegennahme von Beiträgen oder die Bereitstellung von Geldern, Gütern oder Dienstleistungen von solchen Personen.

Die vollständige Liste der neuen Sanktionen finden Sie hier:

[Russia-related Designations; Ukraine-related Designation Update; Russia-related Designations Removals; Issuance of Russia-related General Licenses | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

[Imposing Additional Sanctions on Those Supporting Russia's War Against Ukraine - United States Department of State](#)

Die begleitenden Pressemitteilung mit der Begründung der Maßnahmen gibt es hier:

[Treasury Sanctions Impede Russian Access to Battlefield Supplies and Target Revenue Generators | U.S. Department of the Treasury](#)

Zeitgleich mit den neuen Sanktionen hat OFAC zwei allgemeine Lizenzen zur Abwicklung von Transaktionen mit der Ural Mining and Metallurgical Company und mit den neu sanktionierten Banken veröffentlicht:

[GENERAL LICENSE NO. 70: Authorizing the Wind Down of Transactions Involving Joint Stock Company Ural Mining and Metallurgical Company](#)

[GENERAL LICENSE NO. 71 Authorizing the Wind Down and Rejection of Transactions Involving Certain Entities Blocked on July 20, 2023](#)

Kasachstan und Usbekistan trennen sich wegen US-Sanktionen von russischem Zahlungssystem

Unternehmen aus Kasachstan und Usbekistan haben den Zahlungsverkehr mit Russland über das System Unistream eingestellt, nachdem die russische Privatbank und das gleichnamige Zahlungssystem Unistream am 20. Juli von den USA sanktioniert wurden. Dies berichtet die Berliner Zeitung am 24. Juli. Über Unistream wurden neben privaten Überweisungen viele Geschäfte zwischen Russland und seinen Nachbarstaaten abgewickelt, seit das Land aus dem Bankennetzwerk Swift ausgeschlossen wurde. Unistream hat sich seither zu einem der führenden russischen Zahlungssysteme für sogenannte Parallelimporte von sanktionierten Waren entwickelt. Diese Parallelimporte wollen die USA und die EU gerade verhindern. Zuvor hatten bereits Banken aus Armenien, Georgien und Kirgisistan die Zusammenarbeit mit Unistream eingestellt. Der

Verzicht der Banken auf die Zusammenarbeit mit Unistream steht mit dem Risiko in Zusammenhang, unter Sekundärsanktionen der USA zu geraten.

[Sanktionen der USA: Auch Kasachstan und Usbekistan brechen mit russischem Zahlungssystem \(berliner-zeitung.de\)](#)

Kirgisistan im Visier der USA

Die zentralasiatische Republik Kirgisistan steht wegen ihrer großen Abhängigkeit von Russland besonders im Visier der US-Behörden. Im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Import- und Exportunternehmen, die vor allem den Handel mit Russland erleichtern und von den steigenden Umsätzen mit sanktionierten chinesischen und europäischen Waren profitieren, nach US-Erkenntnissen massiv erhöht. Die Waren reichten von Drohnen und Flugzeugteilen bis hin zu Zielfernrohren und hochentwickelten Bombenschaltkreisen. Nach Angaben aus Washington sollen russische Geheimdienstagenten an Operationen beteiligt sein, um maßgeschneiderte detaillierte Warenbestellungen für Sendungen zu choreografieren, die über Kirgisistan eintreffen.

[one IntelliNews - US primes sanctions in fight against hidden Kyrgyzstan pipeline of banned goods for Russia](#)

OFAC verhängt Sanktionen gegen Malier wegen Unterstützung von „Wagner“

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) hat am 24. Juli drei malische Beamte der Übergangsregierung und des Militärs mit Sanktionen belegt, weil sie den Einsatz und die Ausweitung der Aktivitäten der privaten Militärfirma "Wagner" (Wagner-Gruppe) in Mali unterstützt haben. Die USA haben diesen Schritt nach eigenen Angaben aufgrund von Beweisen unternommen, die zeigen, dass diese malischen Beamten zu den bössartigen Aktivitäten der Wagner-Gruppe in Mali beigetragen haben. Die Vereinigten Staaten haben bereits seit 2017 Sanktionen gegen die Wagner-Gruppe und zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen weltweit verhängt, die ihre Aktivitäten unterstützen.

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy1645>

5. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Großbritannien hat seine Sanktionsliste am 17. Juli um 13 Personen erweitert, darunter russische Beamte, die nach Angaben der britischen Behörden an der Abschiebung ukrainischer Kinder beteiligt waren. Die entsprechende Aktualisierung wurde vom britischen Office for the Implementation of Financial Sanctions (OFSI) veröffentlicht. Insbesondere wurde der russische Bildungsminister Sergej Kravtsov mit Sanktionen belegt. Nach Angaben der britischen Behörden hat Kravtsov „das Programm der russischen Regierung zur Zwangsdeportation und Umerziehung ukrainischer Kinder“ unterstützt. Die russische Kulturministerin Olga Ljubimowa wurde ebenfalls in die Sanktionsliste aufgenommen. Darüber hinaus wurden Sanktionen gegen den ehemaligen RT-Mitarbeiter Anton Krasovsky verhängt, der Handlungen unterstützte, die die territoriale Integrität der Ukraine bedrohen, und zu Gewalt gegen Ukrainer aufrief. Auf der Liste steht auch das internationale Kinderzentrum Artek auf der annektierten Krim. In der Begründung für die Sanktionen heißt es, das Zentrum sei an der Zwangsdeportation und Umerziehung ukrainischer Kinder beteiligt gewesen.

[Notice Russia 170723.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Die britische Regierung hat die Sanktionen gegen den im Exil lebenden russischen Bankier Oleg Tinkoff aufgehoben. Am 20. Juli gab sie bekannt, dass sie einen Widerruf im Rahmen des Russland-Sanktionsregimes vorgenommen habe. Die Entscheidung ist möglicherweise ein Schritt auf dem Weg, russische Oligarchen zur Distanzierung von Präsident Putin zu bewegen, indem man ihnen die Streichung von der Sanktionsliste in Aussicht stellt. Tinkoff hatte in den sozialen Medien eine scharfe, Kritik am „irrsinnigen Krieg“ in der Ukraine veröffentlicht. Die Tinkoff Bank hatte sich daraufhin von ihrem Gründer distanziert und Tinkoff war gezwungen, die Bankengruppe an den russischen Oligarchen Wladimir Potanin zu verkaufen. Die Aufhebung der Sanktionen gegen Tinkoff erfolgte am selben Tag, an dem das US-Finanzministerium die Tinkoff-Bank mit umfassenden Sanktionen belegte.

[Notice Russia 200723.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Kanada

Kanada hat am 20. Juli die Sanktionslisten um 39 natürliche und 25 juristische Personen erweitert, die mit dem militärisch-industriellen Komplex sowie mit dem Kultur- und Bildungsbereich Russlands in Verbindung stehen. So weitete die kanadische Regierung die Beschränkungen auf den Leiter des russischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft Valery Falkov, die russische Kulturministerin Olga Lyubimova, den Filmregisseur Nikita Mikhalkov, die Sänger Philip Kirkorov und Shaman, den Rapper Timati, den Produzenten Iosif Prigozhin und die Sängerin Valeria aus.

Ebenfalls von den kanadischen Sanktionen betroffen sind die Zahlungssysteme Mir und Yandex Pay, die Banken Tinkoff und Tochka sowie die Telekommunikationsbetreiber Megafon, MTS, Tele2 und Beeline.

[Minister Joly announces additional sanctions against Russia in response to ongoing war of aggression against Ukraine - Canada.ca](#)

[Regulations Amending the Special Economic Measures \(Russia\) Regulations \(international.gc.ca\)](#)

Australien

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel Australiens hat am 20. Juli Sanktionen gegen 35 Unternehmen des russischen Verteidigungs-, Technologie- und Energiesektors sowie gegen zehn Einzelpersonen, darunter russische Minister und hochrangige Beamte sowie hochrangiges Militärpersonal in Belarus, verhängt. Die Sanktionen richten sich gegen Einrichtungen und Personen, die für Russland von wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung sind, darunter

- russische Unternehmen, die die russischen Streitkräfte mit Spitzentechnologie, Elektronik und Ausrüstung beliefern,
- russische Unternehmen, die an der Kernenergie und der Gewinnung arktischer Ressourcen beteiligt sind,
- der erste stellvertretende russische Ministerpräsident Belousov und der stellvertretende Ministerpräsident Chernyshenko,
- bedeutende russische Rüstungsunternehmen, darunter der größte russische Hersteller von Militärhubschraubern und dessen Geschäftsführer,
- hochrangige belarussische Militärs, die die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine bedroht haben

Australien hat bereits mehr als 1.100 Personen und Einrichtungen, die mutmaßlich die Invasion in der Ukraine unterstützen, mit Sanktionen belegt.

[Further sanctions in response to Russia's invasion of Ukraine | Australian Minister for Foreign Affairs \(foreignminister.gov.au\)](#)

6. Tipps & Links

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 12.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier aktuell verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in

29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Christian Himmighoffen
Leiter Presse und Kommunikation
T. +49 (0)30 206167-122

Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de

LinkedIn | Facebook | Twitter | Instagram @OstAusschuss